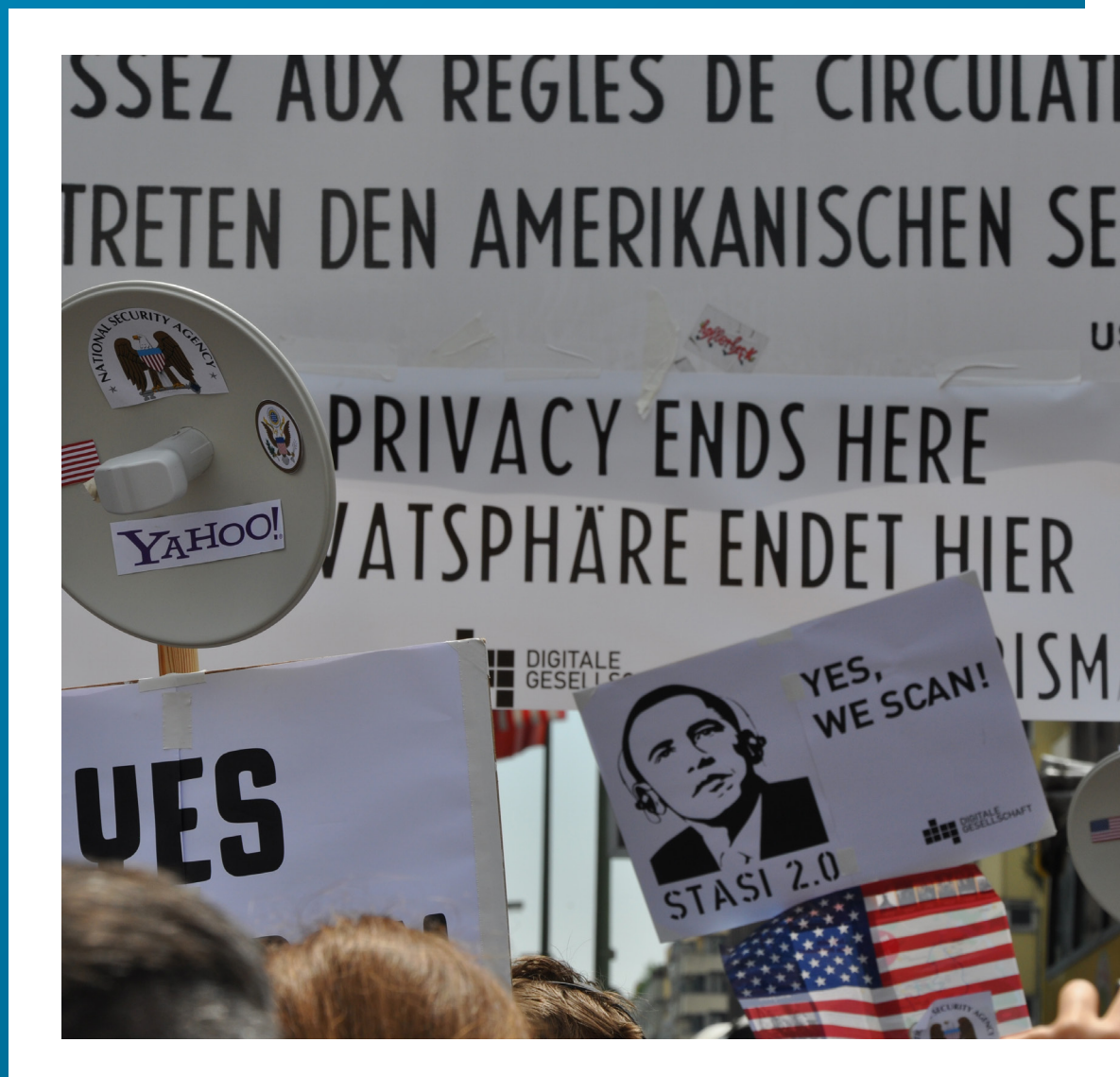


WAS HABEN DIPLOMATISCHE KRISEN MIT WIRTSCHAFT ZU TUN?



Die Besetzung der Krim ließ in Deutschland die Aktienkurse vieler Unternehmen einbrechen. Insbesondere die Automobilindustrie und der Maschinenbau befürchten dauerhafte Einbußen im Geschäft mit Russland (Wehner 2014). Der NSA-Skandal schien kurzzeitig die TTIP-Verhandlungen zu stören. Jedoch wurden die Verhandlungen nahezu ohne Verzögerung fortgeführt (Piper 2013).

Beiden Fällen ist gemeinsam, dass sich außenpolitische Ereignisse ohne direkten Bezug zu wirtschaftlichen Belangen auch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern niederschlagen. Während die EU Russland mit wirtschaftlichen Sanktionen droht, weil es einen gravierenden Völkerrechtsbruch begangen hat, bleiben solche Reaktion auf den nicht minder gravierenden Völkerrechtsbruch der USA aus.

Zwei Aspekte stechen ins Auge: Im ersten Fall hat ein Konflikt zwischen zwei Regierungen Auswirkungen auf die Beziehungen dieser Regierungen zu Dritten und in einem völlig anderen Politikfeld, im zweiten Fall hat der Konflikt zwischen zwei Regierungen¹ in einem Politikfeld kaum bis gar keinen Einfluss auf ihre Zusammenarbeit in anderen Feldern.

Das wirtschaftliche Gewicht der EU ist dem der USA mindestens vergleichbar, auch sonst besteht keine asymmetrische Abhängigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine Retourkutsche aus Washington sollte daher kein Grund zur Beunruhigung in Brüssel sein. Von Russland hingegen ist die Energieversorgung der EU hochgradig abhängig und trotz des stärkeren wirtschaftlichen Gewichts ist nicht klar, inwiefern dies für die russische Regierung von Bedeutung ist. Machtgleichgewichte scheinen hier, wenn überhaupt, entgegen intuitiver Erwartungen zu wir-

ken. Die Theorie der Bestrafung von Regierungen (McGillivray & Smith 2008) bietet eine Alternative:

Für Investoren und Unternehmen mit hohem Außenhandelsanteil sind diese Frage nicht trivial. Gestörte Wirtschaftsbeziehungen können zu kostenreichen Unterbrechungen des Handels führen oder sogar zu direkten Enteignungen als Repressalie gegen den jeweils anderen Staat. Ein gutes Verständnis der Folgen zwischenstaatlicher Krisen ist also von großem Interesse.

Vergleicht man beide Situationen aus einem politiktheoretischem Blickwinkel, so fällt auf, dass das Paar EU-USA aus Regierungen besteht, deren Machterhalt von Wahlen abhängt. Vergleicht man das Paare EU-Russland, EU-Ukraine und Ukraine-Russland, so gilt dies lediglich für die Regierungen der EU. Das heißt, in den anderen beiden Ländern sind Regierungswechsel mit hohen Kosten verbunden. Kosten, die eine Mehrheit der Ukrainer nach Janukowitschs Absage an die EU zu tragen bereit waren.

In die Bewertung einer Regierung durch die Bevölkerung fließen die zukünftigen Wirkungen aller Entscheidungen ein, auch die außenpolitischen. Steht also zu befürchten, dass ausbleibender Kooperationswille der Regierung die eigene Position dramatisch verschlechtert, so wird sie durch eine kooperationswillige Regierung ersetzt. Was „dramatisch“ ist und was nicht, ergibt sich aus den Kosten der Ersetzung. Die Regierung bezieht dies in ihre Erwägungen mit ein und wird nur den durch diese Kosten vorgegebenen Spielraum ausnutzen.

Für den Partner bedeutet dies, dass sie durch einen Abbruch der Beziehungen zur kooperationsunwilligen Regierung die Erwägungen ihrer Bevölkerung beeinflussen und so zum gewünsch-

ten Zustand der Kooperation zurückkehren kann. Dennoch unterliegen auch die Partnerregierungen dem gleichen Prinzip. Jede Einschränkung von Beziehungen ist mit Nachteilen verbunden. In der Entscheidung über den Abbruch werden sie ebenso die Kosten der eigenen Bevölkerung mit den Kosten ihrer Absetzung so in Einklang bringen, dass sie an der Macht bleiben.

Zwischen Abbruch und Fortsetzung aller Beziehungen existieren viele Abstufungen. Eine Regierung wird somit das Ausmaß ihrer Einschränkung von Beziehungen so abstimmen, dass die Kosten für sie und der Gewinn durch hohe Kooperation im Einklang bleiben. Diese Abstimmung manifestiert sich in der Ausweitung von Krisen auf andere Politikbereiche. Es wird schnell klar, dass Regierungen, deren Absetzung hohe Kosten trägt, riskanter agieren können. Es folgt auch, dass günstig abzusetzende Regierungen auf diese mit härteren Sanktionen reagieren. Umgekehrt kommt es in Paaren leicht-abzusetzender Regierungen zu weniger Zwischenfällen und sie werden so sanft wie möglich ausgeräumt.

Man beachte, dass die „Bestrafung“ einer Regierung in ihrem Machtverlust besteht. Die Sanktionen treffen daher gerade die Bevölkerung, um ihre Kosten-Nutzen-Erwägung zu beeinflussen.

Die Bevölkerung umfasst alle außer der Regierung selbst, insbesondere exportorientierte Unternehmen und Auslandsinvestoren. Für sie gilt daher in besonderem Maße ihre Investitionen und Bindungen auf die Risiken einer Krise in Abhängigkeit der Absetzbarkeit der Regierung des Gastlandes abzustimmen. Die Störung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nach Annahme der Zuwanderungsinitiative zeigt, dass eine Beurteilung nach Staatsformen nicht ausreicht: Die Schweizer Bevölkerung hat hier als „Regierung“ gehandelt und sie lässt sich nur schwer absetzen. Dass die Schweiz demokratisch ist, kann man jedoch kaum bestreiten.



Kazimir Menzel, Student der Mathematik (B.Sc.) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fußnoten & Quellenverweise

- 1 Hier werden alle europäischen Regierungen zusammengefasst, da alle Länder von der NSA-Spionage betroffen waren.
- McGillivray, Fiona & Smith, Alastair (2008): „Punishing the Prince: A Theory of Interstate Relations, Political Institutions, and Leader Change,” Cambridge University Press.
- Piper, Nikolaus (2013): „Verhandlungsstart mit Zähneknirschen,” in: sueddeutsche.de, 07.07.2013, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/freihandelsabkommen-zwischen-eu-und-usa-verhandlungsstart-mit-zaehneknirschen-1.1714890> (20.05.2014).
- Wehner, Markus (2014): „Krim-Krise trifft deutsche Wirtschaft,” in: faz.net, 29.03.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/deutsche-unternehmen-russland-geschaefit-leidet-unter-krim-krise-12870019.html> (20.05.2014).
- Bild: „Yes we scan - Demo am Checkpoint Charlie“ by Digitale Gesellschaft, https://en.wikipedia.org/wiki/File:DigiGes_PRISM_Yes_we_scan_-_Demo_am_Checkpoint_Charlie_June_2013.jpg is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license.

UNSERE VISION:

WISSENSCHAFTSWIRTSCHAFT

